

Kaufrecht

Kontaktlose Zahlungen akzeptieren – Eine Anleitung für Händler

Neue Technologien sind für Händler die Basis, um den sich stetig wandelnden Ansprüchen und Bedürfnissen der Kunden gerecht zu werden. Innovationen - wie das kontaktlose Bezahlen - spielen dabei eine zentrale Rolle. So beschleunigt das Verfahren etwa die Abläufe an der Kasse und kann zudem zu einer erhöhten Kundenfrequenz führen. Erste Erfahrungen zeigen dabei, dass Kunden das kontaktlose Bezahlen sehr schnell annehmen. Es ist schnell, intuitiv, hygienisch, einfach und bequem.

Dieser Leitfaden soll anschaulich und einfach aufzeigen, wie Händler und Kunden bestmöglich von dieser neuen Technologie profitieren. Er bietet Ihnen Unterstützung bei der Einführung kontaktloser Bezahlmöglichkeiten sowie bei der Schulung von Mitarbeitern.

Die Anleitung für Händler „Kontaktlose Zahlungen akzeptieren“ erhalten Sie aufgrund der Größe in einer gesonderten Mail.

Wettbewerbsrecht

Befristete Rabattaktionen

Ein Händler hatte in einer Zeitungsbeilage mit Ankündigung „20 % auf Alles. Gültig vom 17.12. bis 24.12.2016!“ geworben. Aus einer werblichen Mitteilung auf seiner Internetseite ergab sich aber, dass er diese Verkaufsaktion erst zum 31.12.2016 beendet hatte.

Das LG Dortmund (Urteil vom 14.06.2017 - 10 O 13/17 -) entschied, dass der Händler damit die zeitlich befristete Rabattaktion in unzulässiger Weise verlängert habe. Das Gericht entschied, dass der Adressat bei der Werbung nicht davon ausgehe, dass diese verlängert werde. Nur wenn besondere Umstände vorlägen, die nicht vorhersehbar gewesen seien, könne es ausnahmsweise gerechtfertigt sein, eine Verlängerung durchzuführen. Im vorliegenden Fall sei die Verlängerung aber irreführend im Sinne des § 5 a UWG gewesen.

Allgemeines

HDE-Konsumbarometer: Verbraucherstimmung mit kräftigem Anstieg

Nach einem Rückgang im Januar weist das HDE-Konsumbarometer im Februar wieder deutlich nach oben. Insgesamt zeigt sich bei der Verbraucherstimmung damit das gleiche Entwicklungsmuster wie im Vorjahr. „Die Verbraucher schauen wieder mit größerer Zuversicht auf die kommenden drei Monate. Dafür sorgt vor allem die nach wie vor gute Lage auf dem Arbeitsmarkt“, so HDE-Hauptgeschäftsführer und BDD-Bundesgeschäftsführer Stefan Genth. Die Stimmungsdelle, die das HDE-Konsumbarometer im Januar verzeichnete, wird durch den Anstieg im Februar deutlich überkompensiert. Das entspricht der Lage im Vorjahr und deutet auf eine positive



Entwicklung im Frühjahr hin.

Treiber sind insbesondere die guten Konjunkturerwartungen der befragten Haushalte. Und auch die Einkommenserwartungen zeigen nach den Rückgängen in den Vormonaten wieder einen positiven Trend, sind gemessen an den Wirtschaftsaussichten allerdings relativ verhalten. Dazu passt auch, dass die Verbraucher in den ersten Monaten des neuen Jahres mit konkreten Anschaffungsplänen noch zurückhaltender sind als zum Ausklang des Vorjahres.

„Die Verbraucher sind skeptisch, dass sich die brummende Konjunktur in ihrem Geldbeutel bemerkbar machen wird. Deshalb muss die kommende Bundesregierung zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur für Entlastung sorgen“, so Genth weiter. Insbesondere kleine und mittlere Einkommen müssten steuerlich und bei den Stromkosten entlastet werden.

Datenschutz

Videoüberwachung gegen Diebstähle

Nachdem ein Apotheker aufgrund eines diebstahlsbedingten Verlustes von 44.000 Euro eine Videoüberwachung eingerichtet hatte, wurde er wegen einem vermeintlichen Verstoß gegen das Datenschutzrecht auf Unterlassung in Anspruch genommen. Die Apotheke bestand aus einem Verkaufsraum sowie verschiedenen Nebenräumen. Das OVG Saarlouis erachtete es als zulässig, dass eine Apotheke aufgrund erheblicher Diebstähle eine Videoüberwachung einrichtet (Urteil vom 14.12w.2017 - 2 A 662/17 -).

Das Gericht entschied, dass zwar kein konkreter Diebstahl verfolgt worden sei. Die durch den Diebstahl entstandenen Schäden aber aus dem Jahresabschluss erkennbar und ungewöhnlich hoch seien. Es sei dem Apotheker nicht möglich, diese Schäden auf zumutbare Weise, z. B. durch einen Wachdienst, entgegenzuwirken, da ein solcher mit erheblichen Kosten verbunden sei. Somit sei der Eingriff in die Rechte der aufgezeichneten Personen gerechtfertigt.